



**Entschuldigt/nicht anwesend:**

Herr Berger	VdEK/Barmer GEK, für Krefeld
Frau Ehlers	Presseamt der Stadt Krefeld
Frau Hellfeier	Gleichstellungsstelle der Stadt Krefeld, Sprecherin der AG Häusliche Gewalt und Gesundheit der KGK
Herr Holubars	Helios-Klinikum Krefeld
Herr Dr. Horn	PSAG Krefeld/Alexianer Krefeld
Herr Dr. Krausbauer	Ärztekammer, Kreisstelle Krefeld
Herr Schilling	Caritasverband Krefeld, Altengerechtes Quartier - südliche Innenstadt
Herr Schmitz	UWG-Ratsgruppe Krefeld
Herr Sievers	IKK Regionaldirektion Niederrhein, für Krefeld
Herr Wessel	Amtsapotheke für Krefeld

Vorab begrüßt der Vorsitzende die Mitglieder und Gäste.

**Zu TOP 1 - Genehmigung der Niederschrift der 35. Sitzung**

Die Niederschrift wird genehmigt.

**Zu TOP 2 - Eingänge und Mitteilungen, u.a. Informationen aus dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren**

Vorab entschuldigt Herr Visser Frau Hellfeier und Herrn Schilling, die beide krankheitsbedingt verhindert seien. Die entsprechenden Tagesordnungspunkte TOP 3 und 4a) könnten daher auf die nächste Sitzung verschoben werden.

Weiter informiert Herr Visser darüber, dass die Kassenzahnärztliche Vereinigung (KZÄV)/Krefeld am 16.11.2017 den Antrag gestellt habe, als neue Mitgliedsinstitution in die Krefelder Gesundheitskonferenz aufgenommen zu werden. Herr Dr. Offergeld sei als Mitglied und Herrn Dr. Oktay als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagen worden. Die Gesundheitskonferenz berät diesen Antrag und schlägt dem Rat, der die Mitglieder der Gesundheitskonferenz zu berufen hat, einhellig vor, die KZÄV als neue Mitgliedsinstitution in die Gesundheitskonferenz aufzunehmen. Frau Drees und Frau Paas werden eine entsprechende Verwaltungsvorlage für die nächste Ratssitzung fertigen, in der die neuen Mitglieder aufgeführt werden und die der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren wie üblich zur Kenntnis erhalten werde. Die Geschäftsordnung der KGK sei dann entsprechend zu aktualisieren.

Zur gestrigen Ratssitzung teilt Herr Visser mit, dass hier der Haushalt für 2018 beschlossen worden sei. Gerade der Sozial- und Gesundheitsbereich habe stark von den Vorschlägen der Politik profitiert. Es gebe finanzielle Verbesserungen, die im Einzelnen mit den betroffenen Institutionen besprochen würden.

Er berichtet, dass aus Haushaltsmitteln eine weitere Familienhebammen-Stelle eingerichtet werden könne, so dass es nun in Krefeld zwei aus Bundesmitteln der Frühen Hilfen finanzierte halbe Stellen sowie zwei aus städtischen Mitteln finanzierte halbe Stellen gebe. Sie seien vor Ort hälftig bei Rat und Hilfe (Schwangerschaftsberatung des Sozialdienstes Katholischer Frauen) und beim Kinderschutzbund angesiedelt. Er teilt weiter mit, dass im Fachbereich Gesund-

heit die gesetzliche gesundheitliche Beratung nach dem Prostituiertenschutzgesetz angeboten werde. Schließlich macht er auf zwei Neuauflagen von Verzeichnissen der Gesundheitsberichtserstellerin aufmerksam, die im Internet verfügbar seien (unter [www.krefeld.de](http://www.krefeld.de) in der Rubrik „Gesundheit und Soziales“ beim Punkt „Kinder- und Jugendmedizin“):

- das Verzeichnis „Was läuft wo und wann...? im Bereich Bewegung und Ernährung bei Kindern und Jugendlichen“ (Stand 9/2017),
- das Verzeichnis der Beratungs- und Behandlungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsstörungen und Behinderungen in Krefeld (Stand 1/2017).

Beide werden als Anschauungsexemplare herumgegeben.

### **Zu TOP 3 - „Kinder sind unschlagbar“ – Bericht über die von der Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt und Gesundheit der KGK organisierte Fortbildung für Ärzte und Psychotherapeuten**

Da die Referentin wegen Erkrankung verhindert ist, wird der TOP auf die nächste Sitzung verschoben.

### **Zu TOP 4 - Quartiersprojekte in Krefeld und ihre gesundheitlichen Bezüge**

#### **a) Altengerechtes Quartier Krefeld –südliche Innenstadt**

Der Referent ist ebenfalls wegen Erkrankung verhindert. Der TOP wird auf die nächste Sitzung verschoben.

#### **b) Quartiersprojekt Leben mit Demenz in Fischeln**

Frau Hansmann berichtet anhand einer Powerpointpräsentation über das seit vier Jahren existierende Quartiersprojekt. Sie verteilt als Tischvorlagen den Fischelner Demenzlotsen des Bündnis Leben mit Demenz in Fischeln, das aktuelle Veranstaltungsprogramm des Quartiersprojektes Fischeln, den Flyer über den Fischelner Treff und das Café Augenblick für Menschen mit Demenz und den Flyer über das ehrenamtliche Betreuungsangebot für Menschen mit Demenz in Fischeln. Das Projekt werde aus Mitteln der deutschen Fernsehlotterie gefördert. Ziel sei es, die Lebensqualität von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen im Quartier zu verbessern und Belastungen zu vermeiden. Denn wer das Gefühl habe, dass sein Leben sinnig und stimmig sei und die Welt als Zusammenhang vertrauensvoll, positiv und sinnvoll erlebe, sei besonders stressresistent. Besonders bei Menschen mit Demenz sei es wichtig, diesen sogenannten Kohärenzsinn (nach Antonovsky) möglichst zu stärken, da dieser eine gesundheitsfördernde Wirkung habe.

Im Bündnis „Leben mit Demenz in Fischeln“, das aus dem Quartiersprojekt entstanden sei, setze sich zusammen aus Vereinen und Institutionen, die in der Seniorenarbeit tätig seien. Dort werde gemeinsam überlegt, welche Angebote und Hilfen Menschen mit Demenz und ihre Angehörige im Stadtteil benötigten. Neben der Bezirksvorsteherin Frau Nottebohm seien die folgenden Einrichtungen vertreten: die Alexianer Krefeld GmbH, die Alzheimer Gesellschaft Krefeld, der Arbeiter-Samariter-Bund/Geschäftsstelle Krefeld, der Bürgerverein Krefeld-Fischeln, die evangelische Kirchengemeinde Süd/Bezirk Markuskirche, das Haus Raphael/ eine Wohn- und Betreuungseinrichtung für Menschen mit Demenz des Wohnverbundes Königshof, die katholische Kirchengemeinde Maria Frieden/St. Clemens und die KAB St. Clemens, die Klinik Königshof, der Nachbarschaftsladen Fischeln, das Caritas-Seniorenheim Saassenhof, vom Fachbe-

reich Soziales der Stadt die Demenzkontaktstelle, die Pflegeberatung und Altenhilfe sowie der Seniorenbeirat.

Für die Menschen mit einer (beginnenden) Demenz gebe es viele Angebote, z. B. die erwähnten Treffpunkte, teils auch mit Demenzkrankenbetreuung, Ausflüge, Gedächtnistraining, Spielen, kreative Angebote, Bewegung, Tanztee, Aktionstage. Auch auf kulturellem Wege würde man sich mit dem Thema befassen. Einige Angebote würden in Kooperation erfolgen (Landessportbund/Sportverein, VHS, Krankenkassen). Ob und inwieweit diese in Anspruch genommen würden, hänge natürlich auch vom individuellen Befinden ab. Viele Angebote richteten sich nicht ausschließlich an demenzkranke Menschen.

Für Menschen mit Demenz sei es sehr wichtig, dass sich ihre Mitmenschen in ihrem Umfeld auf sie einstellen können. Daher würden im Rahmen des Quartiersprojektes Schulungen etwa für den Einzelhandel angeboten. Für Angehörige gebe es auch Angehörigenschulungen, Beratung, Gesprächskreise und zu deren Entlastung auch ehrenamtliche Betreuungsangebote. Zum Teil handele es sich um kostenpflichtige Angebote, die aber zumeist über die Pflegekassen angerechnet werden könnten. Grundsätzlich sei Gemeinsamkeit wichtig.

Eine besondere Herausforderung sei es, jüngere Menschen zu erreichen und mit dem Thema vertraut zu machen. In Kooperation mit einem Jugendzentrum etwa sei der Film „Honig im Kopf“ gezeigt worden.

In der jetzigen Phase der Projekterweiterung gehe es zum einen um die generationengerechte räumliche Infrastruktur, zum Beispiel um die demenzsensible Gestaltung von Beschilderungen, damit Senioren nicht so schnell „verloren gingen“. Zum anderen sei die Vorsorge für das eigen Alter Thema eines World Cafés gewesen. Bezüglich Wohnens im Alter würden etwa neue Wohnprojekte diskutiert. Weiter ständen Gedächtnis- und Rollatorentrainings auf dem Programm.

Frau Nottebohm ist froh über die Arbeit von Frau Hansmann als Quartiersprojekt-Koordinatorin und hofft auf Nachhaltigkeit. Herr Visser möchte wissen, wie groß der betroffene Personenkreis in Fischeln ist. Frau Hansmann antwortet, es handele sich derzeit um etwa 200 Personen und deren Angehörige.

Frau Schröder, die als Nachfolgerin von Herrn Stratmann heute zum ersten Mal teilnimmt, stimmt Frau Hansmann zu. Sie lädt die Teilnehmer ein, die Dauerausstellung sogenannte AOK-Muster-Demenz-Wohnung in Jülich zu besichtigen und umfangreiche Informationen zu bekommen. Sie verweist auf einen Flyer dazu (Anmerkung: siehe auch <https://rh.aok.de/inhalt/musterwohnung-demenz>). Sie weist auf die Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung in Pflegeeinrichtungen hin.

Herr Hochkamer macht darauf aufmerksam, dass bei der Selbsthilfekontaktstelle neuerdings ein Kontaktbüro für Pflegeselbsthilfe angesiedelt sei, das bis zum Jahr 2020 vom Land und von den Pflegekassen gefördert werde. Er habe den Flyer dazu ausgelegt (Anmerkung: weitere Informationen siehe Homepage [www.selbsthilfe-krefeld.de](http://www.selbsthilfe-krefeld.de)). Er betont, dass gerade für Angehörige von demenzkranken Menschen die hier angebotene Beratung und Unterstützung hilfreich sein könne. Weiter berichtet er über das 40-jährige Jubiläum der Sachverständigengruppe für Behindertenfragen 2017, wozu ebenfalls ein Flyer ausliege. Diese sei ja auch in der Gesundheitskonferenz vertreten.

Herr Visser dankt abschließend der Referentin. Das Thema umfasse viele gesundheitliche und psychosoziale Aspekte. Er könne sich daher vorstellen, dass Frau Hansmann in Zukunft auch die Überlegungen zum Wohnprojekt vorstellen werde.

**Zu TOP 5 - Aktuelle Entwicklung der Zahngesundheit - Vorsorgeprogramme der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit in Krefelder Kindertagesstätten und Schulen unter Berücksichtigung von Inklusion und Migration**

Herr Visser begrüßt als Gast Herrn Dr. Burk, den Beisitzer des Vorstandes für Jugendzahnpflege und Prophylaxe der Zahnärztekammer Nordrhein.

Die beiden Zahnärztinnen, Frau Tremer, Leiterin des Zahnärztlichen Dienstes der Stadt, und Frau Dr. Bergmann, stellen gemeinsam ausgewählte Ergebnisse der Arbeit der ArGe Zahngesundheit in Krefeld und des aktuellen Gesundheitsberichts dazu anhand einer Powerpointpräsentation vor. (Das Handout zu diesem Vortrag kann angefragt werden.)

Frau Dr. Bergmann erläutert, dass insbesondere der § 13 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienstes ihre Aufgaben konkretisiere, u.a. gehörten Beratungen und zahnärztliche Untersuchungen in Kindertagesstätten und Schulen dazu. Hauptziel der öffentlichen Mundgesundheitspflege sei die zahnmedizinische Prävention und Gesundheitsförderung auf Bevölkerungsebene, die in Deutschland eng mit der Gruppenprophylaxe verknüpft sei. Dazu fänden flächendeckende zahnärztliche Untersuchungen in den Kindertagesstätten und Schulen statt.

§ 21 SGB V regele die zahnmedizinische Prävention bei Kindern und Jugendlichen auf Bundesebene und ermögliche über entsprechende Rahmenvereinbarungen mit den gesetzlichen Krankenkassen die Bildung von Landesarbeitsgemeinschaften und – wie so seit 1990 auch in Krefeld – kommunalen Arbeitsgemeinschaften für Jugendzahnpflege - und damit eine wirkungsvolle Umsetzung der Gruppenprophylaxe bei Kindern und Jugendlichen. In dieser Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit vor Ort seien drei Zahnärztinnen, drei Zahnarzhelferinnen, zwei Ökotrophologinnen und zwei Erzieherinnen mit Zahnprophylaxe-Weiterbildung tätig. Zielgruppen seien Kinder von unter drei Jahren bis zum 12. bzw. in Risikogruppen bis zum 16. Lebensjahr und ihre Eltern/ Erziehungsberechtigten sowie Multiplikatoren in den Krefelder Kindergärten und Schulen. Maßnahmen zur Verhütung von Zahnerkrankungen seien laut Vertrag der ArGe Mundhygiene/Zähneputzen, Ernährungsberatung, Zahnschmelzhärtung und regelmäßige jährliche (Reihen-, /Vorsorge-) Untersuchungen in den Kindertagesstätten und weiterführenden Schulen. Bekannt seien dem ein oder anderen sicherlich Aktionen wie das Gesunde Pausenfrühstück sowie Zahnbürsten- und Zahnpasta-Aktionen.

Bei zahnärztlichem Behandlungsbedarf erfolge (über die Kita oder Schule) eine Information an die Eltern und bei weiterem Bedarf ggf. auch eine Einladung ins Gesundheitsamt. Es werde nachgehalten, ob notwendige Behandlungen durch niedergelassene Zahnärzte tatsächlich erfolgt seien, hier könne man bei Bedarf auch sehr hartnäckig

sein. Es sei aber schwierig, eine mögliche Kindeswohlgefährdung alleine am Zustand der Zähne auszumachen.

Die Untersuchungsergebnisse und Tätigkeiten würden dokumentiert und jährlich statistisch ausgewertet, so dass man auf eine wertvolle Datengrundlage zurückgreifen könne. Im Untersuchungsjahr 2016/17 seien insgesamt 20.681 Kinder vom zahnärztlichen Dienst der Stadt untersucht worden, die sich wie folgt aufteilten:

In 99 von 105 Kitas seien 5.097 Kinder untersucht worden (78,51%), von denen 12,5% kariöse Milchzähne aufwiesen, 6,4% sanierte Milchzähne und 81,1% gesunde Milchzähne. In der Gruppe der unter Dreijährigen seien hier 96,6% kariesfrei gewesen, 0,9% hätten sanierte Milchzähne, jedoch sei der Anteil der kariösen Milchzähne hier von 1,3% (Vorjahr) auf 2,2% angestiegen, was weiter beobachtet werde. Frühkindliche Karies sei die häufigste chronische Erkrankung im Frühkindesalter, weswegen das Thema verstärkt in die frühen Vorsorgeuntersuchungen eingebunden werden sollte.

Frau Tremer berichtet weiter, dass in allen 34 Grundschulen 15.584 Kinder zahnärztlich untersucht und beraten worden seien (93%). Weiter seien aus der ersten bis vierten Klasse der vier Förderschulen von 338 Kindern entsprechende Daten erhoben worden (87%). Insgesamt seien in den ersten vier Klassen 3,2% aller bleibenden Zähne behandlungsbedürftig, 4,1% der bleibenden Zähne saniert und 92,7% der bleibenden Zähne gesund gewesen. Jedoch gebe es in diesem Alter noch nicht so viele bleibende Zähne. Im sogenannten Wechselgebiss (Daten von Milch- und bleibenden Zähnen) liege der Behandlungsbedarf durch kariöse Zähne mit 24,1% höher, 28,7% seien saniert und nur 47,2% der Zähne gesund. Der Kariesanteil variere innerhalb der Stadtgrenzen Krefelds zwischen 69,9% und 26,6%. Angepasst an die jährliche Statistik würden derzeit an Grundschulen mit exponierten Werten zielgruppenorientiert Maßnahmen zur Verringerung des Kariesrisikos durchgeführt, die aus zweimal jährlichen Fluoridierungen (aktuell an 2781 Kindern) mit zahnärztlichen Untersuchungen und Prophylaxeimpulsen beständen.

In 21 der weiterführenden Schulen seien in den 6. und 7. Klassen von 4627 Kindern (90,92%) zahnmedizinische Befunddaten erhoben worden. In den 5. bis 9. Klassen seien in 5 Förderschulen 441 Kinder (80,91%) untersucht worden. Bei den 1978 untersuchten 12-Jährigen etwa hätten 72,2% naturgesunde bleibende Zähne.

Leider sei es schwierig, bestimmte intra- und interkommunale Vergleiche anzustellen. Aufgrund des Datenschutzes sei es hier auch kaum möglich, die Korrelation zwischen zwei Merkmalen zu bestimmen. Man könne aber auf nationale und internationale Studien zurückgreifen, die sich auf verschiedenen Altersgruppen (3-Jährige, 6- bis 7-Jährige, 12-Jährige und auch 15-Jährige) beziehen.

Frau Dr. Bergmann und Frau Tremer fassen zusammen, dass die Reihenuntersuchungen ein hervorragendes Instrument der gesundheitlichen Chancengleichheit seien, mit dem im Prinzip alle Kinder in Krefeld erreicht werden können und mit welchem eine wertvol-

le (Voll-) Erhebung über deren Zahngesundheit und Entwicklungen möglich sei. Krefeld stehe recht gut da. Es gebe aber, wie an der Erhebung erkennbar sei, einen besonderen Handlungsbedarf in bestimmten Stadtvierteln mit erhöhtem Kariesrisiko, bei Kindern unter 3 Jahren, bei Kindern mit erhöhtem Förderbedarf (das könne eine Behinderung, die Herkunft oder ein Migrationshintergrund sein) sowie bei 15-jährigen Jugendlichen. Die beiden Referentinnen erklären, dass die für weitere Fragen gerne zur Verfügung stehen.

Die Mitglieder der Gesundheitskonferenz begrüßen, dass dadurch, dass die Gruppenprophylaxe prinzipiell für jedes Kind im entsprechenden Setting Kita und Schule zugänglich ist, auch diejenigen erreicht werden können, die eher selten eine Zahnarztpraxis aufsuchen.

Herr Schön begrüßt, dass den Zahnärztinnen auch entsprechende Sozialraumdaten vorlägen und würde diese gern als Basis für die Präventionsarbeit im Rahmen des bei seinem Fachbereich Jugend angesiedelten Projektes Kommunale Präventionsketten(vormals Kein Kind zurücklassen) mit weiteren Daten des Jugendamtes verknüpfen. Natürlich unter Berücksichtigung der Datenschutzbestimmungen. Die neue Koordinatorin des Projektes Kommunale Präventionsketten, Frau Tophoven, werde im Januar im Fachbereich Jugend ihren Dienst antreten. Die Mitglieder der KGK unterstützen Herrn Schöns Anregung. Herr Visser ergänzt die Information, dass Herr Schön bei der nächsten Gesundheitskonferenz das erwähnte Projekt Kommunale Präventionsketten vorstellen werde.

Herr Dr. Burk dankt für den interessanten Vortrag. Zu den Kindern mit Migrationshintergrund teilt er mit, dass es Studien gebe, nach denen die durchschnittliche Kariesbelastung von Flüchtlingskindern höher sei (was zu einer Steigerung der allgemeinen Kariesraten geführt habe.) Diese könnten aber wie alle anderen Kinder in den Settings Schule und Kindertagesstätten erreicht werden. Zudem verweist er auf die Epidemiologischen Begleituntersuchungen zur Gruppenprophylaxe 2016 der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege aus 2017. Außerdem unterstütze er die Anregung der BZgA, Hebammen mit ins Boot zu holen.

Weiter richtet er einen Appell insbesondere an die Politik: In Wesel etwa seien sogenannte „Optimierer“ von einem enormen „Einsparpotenzial“ ausgegangen, wenn Schuleingangsuntersuchungen und Reihenuntersuchungen halbiert würden. Er warne vehement vor derartigen Überlegungen, die völlig in die falsche Richtung liefen und die möglicherweise irgendwann auch die gute umfassende Arbeit der ArGe Zahngesundheit betreffen könnten mit damit verbundenen, auch langfristigen negativen Auswirkungen auf die (Zahn-) Gesundheit. Frau Dr. Tremer ergänzt, dass im Gegenteil die breit angelegte Prävention zu Kosteneinsparungen führe, wobei es ihrer Kollegin und ihr aber nicht nur um Kosten gehe, sondern um die gesundheitlichen langfristigen positiven Folgen für Kinder.

Herr Bieber sieht durch den früheren Kindergartenbesuch heutzutage größere Möglichkeiten der entsprechenden Einwirkung. Herr Hilgers ergänzt, dass auch die niedergelassenen Zahnärzte heutzutage bereits bzgl. kleiner Kinder sensibilisiert seien. Frau Meincke erinnert daran, dass Milchgebisse anders zu behandeln seien als bleibende Zähne und erwähnt die spezielle zahnmedizinische Weiterbildung, die es in der ehemaligen DDR gab. Dazu erläutert Frau Tremer, dass es heute immer mehr Zahnarztpraxen mit dem Fortbildungsschwerpunkt Kinderzahnheilkunde gebe. Ihre Kollegin und sie seien Fachzahnärztinnen für öffentliches Gesundheitswesen.

Frau Klaer schlägt vor, die Zahlen des Zahngesundheitsberichtes mit den Zahlen des Schuleingangsberichtes zu verknüpfen. Herr Dr. Burk berichtet, dass mittlerweile auch über Anschreiben der Krankenkassen die Eltern mit ins Boot geholt würden, was von Frau Schröder bestätigt wird. Frau Paas regt an, auch (größere) Kindertagespflegestellen in passender Form einzubeziehen. Herr Schön bietet eine entsprechende Zusammenarbeit etwa bei der Zusendung von Anschreiben an.

Es werden weitere Informationen zur Arbeit der ArGe Zahngesundheit erfragt. Das Tagesgeschäft der Ökotrophologinnen und Erzieherinnen sehe so aus, dass diese zu den Themenfeldern Getränke und Nahrungsmitteln unterwegs seien. So gebe es etwa im dritten Schuljahr eine Schulung zu Getränken und deren Inhaltsstoffe sowie schädliche Auswirkungen.

Herr Visser dankt den Referentinnen. Er stellt fest, dass der Vortrag auf großes Interesse gestoßen ist und würde es begrüßen, wenn auch der Gesundheitsbericht des städtischen Zahnärztlichen Dienstes zukünftig regelmäßig in der Gesundheitskonferenz vorgestellt werde.

### **Zu TOP 6 - Berichte aus den Arbeitsgruppen, der PSAG und weiteren Gremien**

Die Tischvorlage, die als Anlage beigefügt, wird von den Mitgliedern zustimmend zur Kenntnis genommen. Sie begrüßen, dass der PSAG-Sprecherrat einen Erfahrungsaustausch zur Situation von wohnungslosen (oder von Wohnungslosigkeit bedrohten) psychisch erkrankten auffälligen Menschen in Krefeld durchgeführt hat und ist am weiteren Verlauf der Beratungen interessiert. Frau Paas konkretisiert, dass es sich bei den entsprechenden Personengruppen um psychisch kranke Menschen mit auffälligem/aggressivem Verhalten handele. Die Erfahrung zeige, dass bestehende Einrichtungen hier oft nicht passend und diese Personen aus verschiedenen Gründen nicht integrierbar seien. Frau Drees berichtet, dass der Sprecherrat zunächst weitere Informationen über die entsprechenden Zielgruppen und über mögliche entsprechende Angebote aus anderen Städten einholen wolle.

### **Zu TOP 7 - Verschiedenes**

Herr Visser gibt bekannt, dass Herr Dr. Horn als Tagesordnungspunkt für die nächste Gesundheitskonferenz das Thema „Entlassmanagement“ vorgeschlagen habe. Denn



seit Oktober 2017 seien Krankenhäuser dazu verpflichtet, für Patienten nach voll- oder teilstationärem Aufenthalt oder nach Erhalt stationsäquivalenter Leistungen ein Entlassmanagement zu organisieren. Dazu gehöre es festzustellen, welche ambulanten Leistungen unmittelbar nach der Klinikentlassung erforderlich seien und diese einzuleiten. Herr Dr. Horn - und ggf. weitere interessierte Referenten - würden über die Neuerungen, die Bedeutung und die damit verbundenen Probleme informieren.

### **Zu TOP 8 - Termin der 37. Gesundheitskonferenz**

Die 37. KGK wird stattfinden am Mittwoch, den 16.05.2018 im Raum C 2 des Rathauses.

#### **Anlage: Tischvorlage zu TOP 6:**

#### **Berichte aus den Arbeitsgruppen der KGK, der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Krefeld PSAG und weiteren Gremien**

*Wie üblich wird den Mitgliedern der KGK hier über die Beratungen und die Arbeit der Arbeitsgruppen der Gesundheitskonferenz sowie der PSAG und ihrer Untergruppen und weiteren Gremien berichtet, mit der Bitte, die Tischvorlage zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.*

#### **Aus der Arbeitsgruppe Sucht**

*In der nächsten Sitzung im Januar 2018 wird sich diese Arbeitsgruppe mit den Zwischenergebnissen der beiden Kleingruppen (Suchthilfe und Suchtprävention) und der Lenkungsgruppe auseinandersetzen und die weitere Vorgehensweise der Fortschreibung der Suchthilfekonzeption erörtern. Grundsätzlich soll die Struktur (Einleitung mit Hintergrundinformationen, Darstellung der 3 Säulen des Suchthilfesystems: Medizinisches System, Psychosoziales System und Selbsthilfe sowie Handlungserfordernisse) beibehalten werden.*

#### **Aus der Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt und Gesundheit**

*Über die von der Arbeitsgruppe und ihrer sehr engagierten Kleingruppe organisierte Fortbildung „Kinder sind unschlagbar“ am 14.10.2017 der VHS Krefeld unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters und mit Unterstützung der Ärztekammer wird die Sprecherin der Arbeitsgruppe, Frau Hellfeier, unter dem TOP 3 berichten. Grußworte wurden von Frau Bürgermeisterin Klaer und Herrn Dr. Krausbauer gehalten.*

*Da häusliche Gewalt mit ihren Auswirkungen auf die Gesundheit weiterhin in zahlreichen Facetten auch in Krefeld existiert, wird die Arbeitsgruppe im Januar auf ihrer nächsten Sitzung ihren weiteren Beratungsschwerpunkt besprechen.*

#### **Aus der Arbeitsgruppe Gesundheitsförderung und Prävention**

*Die konstituierende Sitzung dieser von der Gesundheitskonferenz neu eingerichteten Arbeitsgruppe (siehe auch Tischvorlage 6b der 35. Gesundheitskonferenz) wird am 17.01.2018 stattfinden. Teilnehmen werden voraussichtlich Vertreter der gesetzlichen Krankenkassen, der Ärz-*

teschaft und Psychotherapeuten, der Apotheker, der Selbsthilfe, des Jobcenters, des Stadt-sportbundes, des Fachbereichs Soziales für den Bereich der Senioren, der Suchthilfe, die Gesundheitsberichterstatte-rin des Fachbereichs Gesundheit und die Koordinatorin des Netzwerkes Kein Kind zurücklassen (Kommunale Präventionsketten) des Fachbereichs Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung.

### **Aus der PSAG Krefeld**

a) Die Untergruppe Gerontopsychiatrie der PSAG bietet im Rahmen der Quartiersarbeit im Hansazentrum an jedem ersten Mittwoch im Monat kostenlose persönliche Beratung an zu Themen rund um Versorgung, Pflege, Wohnen und Alter.

Die gesamte Quartiersarbeit und ihre weiteren gesundheitlichen Bezüge wird heute unter TOP 4 von Herrn Schilling vorgestellt.

b) Die PSAG-Untergruppe Erwachsenenpsychiatrie mit der Sprecherin Frau Frank-Djabbarpour, (Geschäftsführerin des Katholischen Vereins für Soziale Dienste SKM Krefeld) beschäftigt sich seit einiger Zeit mit der Situation der wohnungslosen (oder von Wohnungslosigkeit bedrohten) psychisch erkrankten Menschen in Krefeld. Diese Thematik wurde in den PSAG-Sprecherrat gebracht. Dieser hat daraufhin zu einem fachlichen Erfahrungsaustausch darüber eingeladen, der am 21.11.2017 stattfand.

Neben dem Vorsitzenden der PSAG, Sprechern und der Geschäftsführung der PSAG haben daran Vertreter/-innen der folgenden Bereiche teilgenommen:

- de Beratungszentrums für Wohnungslose der Diakonie auf der Lutherstraße,
- der Notschlafstelle der Caritas für wohnungslose Menschen mit Problemen im Bereich der illegalen Suchtmittelabhängigkeit auf der Melanchtonstraße,
- des Medi Mobils, einem mobilen Angebot in gemeinsamer Trägerschaft des Caritas-Verbandes und der Diakonie der medizinische Erst- und Notfallversorgung für Menschen in besonderer Lebenslage (besonders wohnungslose und suchtmittelabhängige Menschen),
- des Sozialpsychiatrischen Dienstes des Fachbereichs Gesundheit,
- der Betreuungsstelle (im Fachbereich Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung angesiedelt),
- des Fachbereichs Soziales, Senioren und Wohnen (Abteilung Wohngeld, Wohnraum bewirtschaftung und -sicherung und Abteilung Soziale Betreuung, auch Obdachloser),
- des Fachbereichs Ordnung (Abteilung Allgemeine Ordnungsangelegenheiten).
- Der ärztliche Vertreter des städtischen Rettungsdienstes war verhindert.

Der PSAG-Sprecherrat wird sich in seiner nächsten Sitzung im Januar 2018 zunächst die Diskussionsbeiträge zur Situation erörtern und das mögliche weitere Vorgehen besprechen. Es ist geplant, dass über die Thematik dann zu gegebener Zeit vom Vorsitzenden der PSAG, Herrn Dr. Horn, auch in der Gesundheitskonferenz berichtet wird.

Im Januar werden weiter das Thema und der Termin der Jahreshauptversammlung der PSAG festgelegt werden.

### **Aus der Gesundheitsberichterstattung**

*Die Gesundheitsberichterstatteerin hat angekündigt, dass der aktuelle Gesundheitsbericht mit den Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen in Krefeld kurz vor der Fertigstellung steht und wahrscheinlich noch in diesem Jahr den Mitgliedern der Gesundheitskonferenz zur Durchsicht zugemailt werden kann.*

**Aus dem Gesunde Städte-Netzwerk**

*Als Mitglied in diesem Netzwerk hatte Krefeld neben einigen anderen Mitgliedern in diesem Jahr, gemäß den Kriterien für die Teilnahme am Gesunde-Netzwerk-Netzwerk (GSN) der Bundesrepublik Deutschland, den Vierjahreserfahrungsbericht als Diskussionsgrundlage auf der Mitgliederversammlung vorzulegen, der hier anhängt. (Anmerkung: Der in Rede stehende Vierjahreserfahrungsbericht kann bei Bedarf nochmals angefordert werden.) Es ist vorgesehen, das Netzwerk auf einer der folgenden Gesundheitskonferenzen vorzustellen.*

---

*Ende der Tischvorlage*

*Paas /Drees, 4.12.2017*